

## **INFOPERU Nr. 24**

**Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.**

**04. Dezember 2013**

---

### **1. Editorial InfoPeru No 24**

Liebe Leserin, lieber Leser!

Zehn Jahre nachdem der Bericht der Wahrheits- und Versöhnungskommission (CVR) feierlich an den damaligen Präsidenten Toledo und die gesamte Öffentlichkeit übergeben wurde, gibt es noch immer Kräfte in Peru, die es wagen zu fordern, Peru solle sich aus dem Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof zurückziehen, und die behaupten, der Ex-Präsident Fujimori habe immer die Menschenrechte respektiert. Eine dieser Personen, die Abgeordnete der Fujimori-Partei „Fuerza Popular“, Martha Chaves, wurde jüngst vom Parlament zur Koordinatorin der Menschenrechtskommission erklärt. – Bei einer öffentlichen Protestveranstaltung dagegen wurde die von uns sehr geschätzte Rocio Silva- Santisteban, Leiterin der zivilgesellschaftlichen Menschenrechtskoordinationsstelle, bespuckt und beschimpft. Aber diese tapfere Frau gibt nicht auf, und wir wie auch viele andere Gruppen und Organisationen möchten ihr hiermit unsere Solidarität ausdrücken und ihr für ihren Einsatz danken!-

Das *Instituto de Derechos Legales* –IDL hat aus Anlass dieses 10. Jahrestages des CVR-Berichtes ein sehr lesenwertes (digitales) Sonderheft veröffentlicht, das vor allem klar darauf verweist, dass ein Großteil der Opfer, registriert im *Registro Unico de Victimias* – RUV noch immer nicht in „gerechter und würdiger Art vom Staat entschädigt wurde, was eine ethische und rechtliche Verpflichtung ist.“ – Die Arbeit der CVR, deren Konzeption unter anderem auf der der Wahrheitskommission in Südafrika beruhte, wird international noch immer als recht erfolgreich eingeschätzt, wenn auch heute als Mangel empfunden wird, dass z.B. die Folgen des internen Krieges für die ökonomische Entwicklung in den am stärksten betroffenen Regionen nicht untersucht wurde. - Der Bau des Erinnerungsortes in Lima, der *Lugar de la Memoria*, soll laut Informationen des IDL Ende des kommenden Jahres fertig gestellt werden. - Das Sonderheft von IDL kann nachgelesen werden unter:  
<http://www.revistaideele.com/ideele/revista/233>

Das UNO-Programm für Entwicklung –PNUD – hat seinen Bericht zu Peru bezüglich der Humanentwicklung im Jahr 2013 veröffentlicht. Dementsprechend hat z.B. die Lebenserwartung der PeruanerInnen zwischen 1980 und 2012 um 14,2 Jahre zugenommen, die durchschnittlich absolvierten Schuljahre im selben Zeitraum um über drei Jahre, und das BIP stieg um 60% ! In Peru wurde also ein hoher Grad an Humanentwicklung ausgemacht! Aber auch wenn etliche Menschen in Peru zur Zeit mehr Geld in der Tasche haben, ist – neben etwa der immer noch mangelhaften Gesundheitsversorgung und großer Mängel im öffentlichen Schulsystem – das alarmierendste Problem, dass dieses Geld „auf der zukünftigen Armut des Landes beruht“ : Es sind die wirtschaftlichen Aktivitäten, die Entwaldung vorantreiben, die Naturressourcen auf legale oder illegale Weise ausbeuten, die die Umwelt zerstören, welche zur Zeit Geld in die Kassen spülen. Aber genau hier werden die zukünftigen Probleme gesehen: Schon jetzt gehen zwei Drittel der Extremwetterphänomene auf den sich in alarmierender Weise manifestierenden Klimawandel zurück: Längere Dürreperioden und dagegen heftigere Regenfälle, Überschwemmungen, Abschmelzen der andinen Gletscher, und der häufiger auftretende El-Nino ! Deshalb fordert der PNUD-Repräsentant in Peru vor allem eine nationale Strategie, um dem Klimawandel angemessen entgegen zu treten. Sonst ist die positive Humanentwicklung nur ein kurzfristiges Ereignis, und die Fragilität der Ökosysteme wird wieder die Ärmsten des Landes treffen! –

Und in Deutschland wird derweil an einer neuen Regierungskoalition gebastelt, wobei auch die staatliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) ein Verhandlungsthema war: Das Ziel, 0,7% des BIP für die staatliche EZ bereitzustellen, wird beibehalten, und das ist gut so. Auch von der Weiterentwicklung der Millenniumsziele wird gesprochen. Aber es wird auch ganz offen gesagt: „In Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft unterstützen wir auf der Basis einer ausgeglichenen Rollenverteilung von Staat und Privatwirtschaft den Auf- und Ausbau des privaten Sektors in den Entwicklungsländern, wenn dies einer nachhaltigen, sozialen und ökologischen Entwicklung dient...“ Ja, wem soll die EZ also wirklich dienen? Ach ja, es soll ja auch „das zivilgesellschaftliche Engagement gefördert, und dazu die Kirchen, NGOs und politische und privaten Stiftungen gestärkt werden...“, um „auf der Grundlage unserer Werte und Interessen weltweit Hunger und Armut zu überwinden und Demokratie.... zu stärken“. So werden die Interessen aller vermengt und auch unsere vertreten!

Wir dürfen gespannt sein, was die neue Besetzung im BMZ an Veränderungen bringt!

Viel Spaß beim Lesen unseres neuen InfoPeru wünscht

Mechthild Ebeling

(Vorstandsmitglied der Informationsstelle Peru e.V. )

## **2.Bitte kommentieren!**

Liebe Leserin, lieber Leser des Infoperu!

Wir haben die Kommentarfunktionen auf unserer Webseite aktiviert. Unter den jeweiligen Beiträgen könnt Ihr nun direkt Euren Kommentar hinterlassen. Bitte nutzt die neue Funktion rege und bereichert so die deutschsprachige Debatte ueber Peru!

Das Redaktionsteam des "Infoperu"

### 3. Gefährliche Medienkonzentration

Im August 2013 hat die Mediengruppe um die Tageszeitung "El Comercio" die Mediengruppe "Erensa" (Tageszeitung "Correo") aufgekauft und kontrolliert damit nun 80% des peruanischen Zeitungsmarkts. Infoperu hat den peruanischen Medienwissenschaftler **Jorge Acevedo** nach den Hintergründen und der Bedeutung dieser Medienkonzentration gefragt.

*Infoperu: Worin besteht das Problem der Medienkonzentration?*

Jorge Acevedo: das Problem besteht schon lange. Eine kleine Gruppe von Medieneignern hatten die Kontrolle über diesen Sektor. Das peruanische Mediensystem orientiert sich am liberalen nordamerikanischen Modell, in dem die Medien als privatwirtschaftliche Unternehmen geführt werden. In Peru gab es nie öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen, wie es in Europa der Fall ist. Die ersten Rundfunklizenzen in Peru wurden an den damaligen Regierungen nahestehenden Unternehmern vergeben. Zudem ist das peruanische Mediensystem zentralistisch auf Lima ausgerichtet.

Im August wurde bekannt, dass die Mediengruppe "Comercio" 55% der Aktien an der Mediengruppe "Erensa" gekauft hat. Damit hat die Comercio-Gruppe ihre Vormachtstellung auf dem peruanischen Zeitungsmarkt von 50% auf 80% ausgebaut. Das heisst 8 von 10 Zeitungen in ganz Peru werden von einer einzigen Mediengruppe herausgegeben.

Das hat in Peru eine öffentliche Debatte ausgelöst, die vor allem von der konkurrenzierenden Mediengruppe "La República" lanciert wurde. La República wollte ebenfalls Erensa aufkaufen, verlor aber.

Die Republica-Gruppe stellt mit nun knapp 20% Marktanteil den zweitgrössten – aber wesentlich kleineren – Zeitungsverleger.

*Infoperu : wie sieht denn die Gesetzeslage dazu aus ?*

Das Gesetz sagt, dass es auf dem Medienmarkt kein Monopol geben darf, dass kein einzelnes Unternehmen den Markt bestimmen darf. Aber das ist nicht näher ausgeführt im Gesetz, und darüber geht die Debatte. Das Gesetz sieht auch nicht vor, dass ein Eigentümer mehrere Mediensparten besitzt, wie dies bei der Comercio-Gruppe der Fall ist, die auch die Mehrheit an einem Fernsehsender besitzen.

Das Problem ist ja auch der Anzeigenverkauf. Die Republica- Gruppe hat bereits einen Einbruch bei den Anzeigen gemeldet und Klage beim Verfassungsgericht eingereicht wegen Verletzung des Anti-Monopol-Gesetzes.

*Infoperu: Wer steckt hinter den Eigentümern der peruanischen Medien ?*

Beide grossen Zeitungen sind in Familienbesitz. República gehört der Familie Mohme, die Comercio-Gruppe verteilt sich auf die Familien Miró Quesada, die auch im Bauwesen und in der Luftfahrt (LAN) Interessen haben.

*Infoperu: wie sind die Aussichten der Verfassungsklage auf Verstoss gegen das Anti-Monopol-Gesetz ?*

Das Verfassungsgericht ist von Richtern besetzt, die der APRA nahestehen. Die APRA hat, auch unter Alan García, enge Verbindungen mit den peruanischen Medienbesitzern geknüpft. Von daher halte ich die Verfassungsklage für nicht sehr aussichtsreich

*Infoperu: wie steht es um die Medienkonzentration in anderen lateinamerikanischen Ländern ?*

Zuletzt gab es neue Gesetze in Argentinien und Ecuador. In Argentinien ist das Gesetz an sich gut, es setzt der Medienkonzentration Grenzen und will eine stärkere staatliche Kontrolle, ebenso wie Radiofrequenzen für Non-profit-Radios. Das Problem ist das politisch konfliktiv aufgeladene Klima, in dem das Gesetz entstanden ist, im offenen Konflikt zwischen der Regierung Kircher und der Clarin-Gruppe. In Ecuador sieht das neue Mediengesetz eine Teilung der Radiofrequenzen zwischen kommerziellen und non-profit-Radios vor. Dabei gibt es zwei Kontroversen: eine Gefahr ist, dass die jeweilige Regierung eigenmächtig die staatlichen Medien benutzt und z.Bsp. auch für Wahlwerbung einsetzt. In Lateinamerika gibt es keine unabhängig besetzten Rundfunkräte, wie es beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland der Fall ist. Zum anderen will der ecuadorianische Präsident Correa das "mediala Lynchen" unter Strafe stellen. Wie genau soll das definiert und bewiesen werden? Das öffnet der Willkür Tür und Tor.

*Infoperu: wie wichtig ist in Zeiten des Internet ueberhaupt noch ein Zeitungs-Monopol ?*

Der peruanische Anzeigenmarkt konzentriert sich noch immer auf Fernsehen, Radio und Zeitungen. Nur 5-10% der Anzeigen gehen ins Internet.

Vor allem aber ist der peruanische Zeitungsmarkt in den letzten Jahren angewachsen. In Peru werden jährlich 1 900 000 Zeitungen verkauft, und der Markt wächst immer noch. "Trome", das Boulevardblatt der Comercio-Gruppe ist die Zeitung mit der höchsten Auflage in ganz Hispano-Amerika. Die Presse ist in Peru weiterhin sehr wichtig, weil sie die Themen der öffentlichen Agenda setzt.

*Infoperu: was kann man tun gegen die Medienkonzentration ?*

Die öffentliche Debatte in Gang halten und Mediengesetze aus anderen Ländern bekannt machen. Und immer wieder darauf hinweisen, dass die Qualität und Pluralität der Medienlandschaft wesentlich die Qualität unserer Demokratie beeinflusst. Es ist wichtig, dass die Debatte darüber auch in neuen Netzwerken und Plattformen Fuss fasst, und es eine soziale Basis gibt, die sich für eine plurale Medienlandschaft einsetzt. Für lateinamerikanische Politiker ist es gefährlich, sich mit den Medien anzulegen. Dies gilt ganz besonders in Peru, wo es keine soliden politischen Parteien gibt.

*(Interview: Hildegard Willer)*

## 5. Berlin: Medienseminar zu Peru

Die Infostelle Peru e.V. lädt alle Interessierten ein zu einem Medienseminar zu Peru. Das Tagesseminar findet am Samstag, den 15. Februar 2014 von 9 – 16 Uhr in Berlin statt und richtet sich an Menschen, die an der deutschen Berichterstattung über Peru interessiert sind, und/oder die selber in der Berichterstattung und/oder Öffentlichkeitsarbeit über Peru tätig sind – sei es als Administrator einer Website, Redakteurin eines Newsletters, Medienmacher oder als Kampagnenorganisatorin. Das Seminar richtet sich explizit auch an Ehrenamtliche, die für Peru-Vereine o.ä. Öffentlichkeitsarbeit machen.

Inhalt des Tagesseminars ist zum einen eine Bestandsaufnahme und Erfahrungsaustausch über die Peru-Berichterstattung in Deutschland und zum anderen die Identifikation von gemeinsamen Strategien und Zielgruppen für die Öffentlichkeitsarbeit. Das genaue Programm wird im Laufe des Dezember veröffentlicht werden.

Interessenten und Interessentinnen sind eingeladen sich bereits jetzt anzumelden bei Hildegard Willer, hilwiller@yahoo.es

## 6. Erdgasförderung gefährdet indigene Völker

Pluspetrol will im südlichen peruanischen Regenwald mehr Erdgas produzieren. Hier leben, im Nationalpark *Reserva territorial Kugapakori Nahua Rio Camisea*, Cusco die *Nani* (ca. 600 Indigene). Auch heute noch und nicht nur zur Kolonialzeit sind Indigene wie die *Nani*, die in „freiwilliger Isolation“ leben oder sich gerade im Erstkontakt mit der „Zivilisation“ befinden, durch eingeschleppte Krankheiten sehr gefährdet. Das geschieht aktuell durch Arbeiter der Erdölfirma Pluspetrol. Mitarbeiter des peruanischen Gesundheitsministeriums haben deswegen Alarm geschlagen: Viele Kinder der *Nani* leiden an Durchfall, einige Kinder sind schon gestorben.

Experten befürchten, dass sich, wenn sich die Fremden nicht zurück ziehen, die *Nani* vom Aussterben bedroht sind.

Für Pluspetrol geht es bei der Erweiterung dieses Erdgasgebietes (Camisea) um viel Geld. Deshalb hat Pluspetrol einen Sozialfonds eingerichtet, der den *Nani* zugute kommen soll. Dieses Geld wird von den im Gebiet tätigen katholischen Missionaren des Dominikanerordens verwaltet. Die Dominikaner haben im Oktober 2013 einige *Nani* aus dem Urwald in die peruanische Hauptstadt Lima ausgeflogen, damit sie dort in Zeitungen und im Fernsehen auftreten und sich positiv über Pluspetrol und den Sozialfonds äußern. Die größte Vertretung der indigenen Regenwaldorganisationen Perus, AIDSESEP hat öffentlich gegen die weitere Erdgasförderung protestiert und über die Gefährdungen informiert. Hierzu gab es

heftigen Gegenwind vom Medienkonzern *El Comercio* zusammen mit Pluspetrol, den Dominikanern und von CONAP. CONAP ist ein Zusammenschluss indigener Gemeinschaften, der immer wieder kritisiert wird, weil er von Erdölfirmen finanziert wird. Innerhalb dieser Pro-Erdgas-Kampagne lobten die aktuellen Führer von CONAP, Oseas Barbarán und Ulises Rosas, die Arbeit von Pluspetrol, ihrer umweltschonenden Produktion und ihr soziales Engagement. Die offizielle Umweltverträglichkeitsstudie, so die zuständige Behörde (Vizeministerium für Interkulturalität) betonte, dass die beabsichtigte Förderung starke negative Folgen für die Nani haben würde.

Welche Interessen an Öl- und Gasvorkommen im peruanischen Regenwald existieren zeigt u.a., dass der chinesische Ölkonzern China National Petroleum Corporation für fast 2 Milliarden Euro Öl- und Gasvorkommen in Peru gekauft hat.

Eine weitere Ausweitung des Fördergebietes für Erdgas wird, so die Befürchtung in Peru, den Genozid an den Nani bedeuten.

*Heinz Schulze, mit Quellen aus El Comercio, DPA und Servindi, 21.11.13*

## **7. Amazonas: Der Terror, der nicht enden will**

Der peruanische Ethnologe Oscar Espinoza analysiert in der Zeitschrift *idee* die Vergangenheit, die nicht vorbei ist, und den Terror, der nicht beendet ist – speziell bei den Asháninka im zentralen peruanischen Regenwald an den Flüssen Ene und Tambo.

Er beobachtete die spürbare Angst wenn Fremde in ihr Dorf kommen, wenn etwas Unvorhergesehenes geschieht vor dem Hintergrund der Angst vor einer möglichen Rückkehr der „Fremden“, wie es die Horden des Leuchtenden Pfads waren. Besonders stark ist diese Angst in den Gebieten, wo Drogenterroristen vom Leuchtenden Pfad noch heute tätig sind.

Der Schmerz der Erinnerung:

Der Verlust von Angehörigen ist schmerzhaft. Bei den traditionell lebenden Asháninka dürfen die Namen der Toten nicht genannt werden. Die Toten bei ihren Namen zu nennen, ist für diese schädlich, weil diese Personen dann nicht ihre Reise zur Welt, wo die Geister der Toten wohnen, beenden können. Die Nennung der Namen der Toten kann aber auch eine Gefahr für die Hinterbliebenen darstellen.

Das ist der „modernen“ Gesellschaft so nicht bekannt oder wird nicht verstanden. Deshalb ist es ein Problem für die westliche Geschichtsschreibung, denn dort werden genaue Namen, Daten, Orte etc. als wichtige Basis eingefordert. Espinoza weist auf diese Situation hin, weil die Wahrheits- und Versöhnungskommission genau dieses auch einforderte. Aus der bisherigen mündlichen Überlieferung der Geschichte indigener Völker sind genaue Daten und Zahlen nicht so wichtig. Wichtig ist, was daraus gelernt werden kann, um das der nächsten Generation weiter zu geben. In diesem Sinn, so Espinoza, werden auch die brutalen Erfahrungen in den 80-90iger Jahren der brutalen Repression (6.000 Tote, ca. 10.000 interne

Flüchtlinge) gesehen. Für die indigene Bevölkerung im amazonischen Regenwald gab es verschiedene Episoden brutaler Gewalterfahrung: Über die spanische Eroberung, die Kautschukzeit (Vertreibung und Versklavung) bis zur massiven Zuwanderung von Großgrundbesitzern und Neusiedlern aus den Anden.

Die Bedrohungen sind weiter aktuell:

Nicht nur die Kitionkaris (die aktuellen Drogenterroristen vom Leuchtenden Pfad, die mit der Kokainmafia zusammen arbeiten) sind eine akute Bedrohung sondern auch die Holzfällerfirmen, Erdölfirmen und Projekte zum Bau von großen Wasserstaudämmen, zunehmend natürlich die gefährliche illegale (im großen Stil betriebene) Goldproduktion.

Espinoza weist darauf hin, dass die Indigenen im zentralen Regenwald Perus sich früher schon militärisch organisiert haben, um ihr Territorium zu verteidigen. Sie waren Teil des Aufstands im 17. Jahrhundert unter Juan Santos Atahualpa, oder haben bei der Vertreibung vom Leuchtenden Pfad aus ihrem Gebiet aktiv mit gekämpft. Aktuell werden die Ovayerite (indigene -Krieger) im zentralen Regenwald (der Asháninka, Ashéninka, Yaneshas, Nomatsiguenga, Matisguenga, Yine und Kakinte), besonders in der Region des Gran Pajonal und am Tambo-Fluss wieder aktiviert. Sie haben an den peruanischen Präsidenten Ollanta Humala geschrieben, auf die vorhandenen gravierenden Probleme hingewiesen, die Untätigkeit der Behörden kritisiert und betont, dass ihre Geduld am Ende ist. Sie merkten an, dass sie ca. 20.000 Männer aktivieren, um mit all ihren Kenntnissen und Formen der „Kriegsführung“ ihre Heimat und „Mutter Erde“ zu schützen.

Die Präsidentin der Asháninka-Organisation am Ene Fluss (CARE), Ruth Buendia Mestoquian, betonte in einem Interview am 26.10.13 in der spanischen Zeitung *El Pais*, dass zwar aktuell der Bau von zwei riesigen Wasserkraftwerken (Pakitzapango und Tambo 40) nicht vollzogen wird, dass aber die Bedrohung weiter bestehen bleibt. Allein durch den Bau des Staudamms Pakitzapango würden über 10.000 Menschen im dünn besiedelten Regenwald durch Überflutung ihrer Siedlungen vertrieben. Ihr Fazit: Früher erlitten wir den bewaffneten, heute den wirtschaftlichen Terrorismus.

Der brasilianische Baukonzern Odebrecht hat seine Pläne zum Bau des Staudamms eingestellt. Jetzt, so *El Pais*, gibt es Gespräche, dass Konzerne aus Europa, vorrangig aus Spanien, die Staudämme bauen wollen. Die Warnungen der Indigenen Organisationen sollen ernst genommen werden.

*Der Artikel von Oscar Espinosa im spanischen Original kann hier gelesen werden:  
[www.revistaideele.com/ideele/content/el-terror-que-no-termina-233/2013](http://www.revistaideele.com/ideele/content/el-terror-que-no-termina-233/2013)*

*Heinz Schulze*

## **8.Studie zu Bergbau und Menschenrechten in Peru**

Peru ist ein Bergbau-Land (geworden). Bergbau gilt als der Motor des peruanischen Wirtschafts-Booms und zugleich als Auslöser vielfältiger sozialer Konflikte. Die Kampagne “Bergwerk Peru” (<http://www.kampagne-bergwerk-peru.de/>) weist seit vielen Jahren auf diese Problematik hin.

Das katholische Hilfswerk Misereor hat nun eine lesenswerte Studie erstellt, die vor allem die Verflechtungen der deutschen Industrie mit dem Kupferabbau in Peru zeigen. Die Studie kann hier heruntergeladen werden.

[Menschenrechtliche Probleme im peruanischen Rohstoffsektor](#)

## 9. Lesetipp: Partnerschaft leben

Der Eine-Welt-Kreis der Pfarrgemeinde Maria Krönung im badischen Oberried hat seine langjährigen Erfahrung mit einer Partnergemeinde in Peru in einem lesenswerten Buch zusammengefasst. “Diese Publikation will mehr sein als eine Bestandsaufnahme der Eine-Welt- Arbeit in Oberried. Sie möge zugleich Anregung geben, wie über Eine-Welt-Arbeit nicht nur gesprochen wird, sondern wie sie sich tatsächlich wirksam gestalten kann. Die Partnerschaft mit den Menschen in Mollendo (Peru) sehen wir als ein Geschenk, mit dem man achtsam umgehen muss, um es zu erhalten”, heisst es im Vorwort.

Das Inhaltsverzeichnis und Bezugsquellen können hier heruntergeladen werden [Faltblatt Buch](#)

Das Buch hat 178 Seiten, ist im PAIS Verlag erschienen und für 24,80 Euro im Buchhandel erhältlich

## 10. Leserbrief zum informellen Goldabbau in Peru

*Im nachfolgenden dokumentiert die Infostelle Peru einen Leserbrief zu den 12 Thesen über den informellen Goldabbau im letzten Infoperu:*

Liebe Redaktion des InfoPeru,

Sehr interessant Eure Thesen, und in vielen Punkten stimme ich Euch auch zu.

Allerdings habe ich zwei Einwände:

- Eure Unterscheidung zwischen informell und illegal gefällt mir nicht. Sicherlich ist der Ansatzpunkt des fehlenden Unrechtsbewusstseins richtig. Aber das soll durch die Verbotskampagne des Staates ja gerade geschaerft werden. Im uebrigen: Die Informellen – ob Goldwaescher oder Schuhputzer oder Kleinhaendler – begehnen



Regelverstöße zu Lasten des Gemeinwesens, zum Beispiel in aller Regel mindestens Steuerhinterziehung. Und das ist auch in Peru ein Straftatbestand. Der informelle Sektor in Deutschland ist die Schwarzarbeit – da fehlt es auch vielen Menschen, sowohl den Anbietern als auch den Nachfragern zum Beispiel von häuslichen Reinigungsdienstleistungen – an Unrechtsbewusstsein, aber das ändert nichts am Umstand der Illegalität. Der Unterschied in Peru ist zunächst lediglich in der Dimension: Mehr als 50 % informeller Sektor machen es natürlich schwer, das alles als illegal zu bezeichnen, aber in einer nicht statischen, sondern dynamischen Sichtweise müsste der Staat, um wirklich ein moderner Rechts- und Sozialstaat werden zu wollen, genau diesen Kampf in Richtung Formalisierung einerseits und Kriminalisierung andererseits aufnehmen. Und das hat er in Sachen Goldbergbau zumindest mal angefangen – auch wenn es wahnsinnig schwierig ist und dabei sicherlich unzählige Fehler gemacht werden.

- Eure Analogie zwischen Gold und Koka hat viele richtige Gesichtspunkte – allerdings gibt es gravierende Unterschiede. Du schreibst: „Ohne staatliche Genehmigung Gold zu schürfen wird dann so strafbar, wie Koka anzubauen. Das hört sich gut an, bisher hat es noch nirgends auf der Welt funktioniert, ein illegales Geschäft dadurch zu verbieten, dass das Angebot verknappt wird.“ Der entscheidende Unterschied zwischen Gold und Drogen ist aber, dass das Geschäft mit Gold eben nicht illegal ist – es ist eine völlig legale Handelsware. Die Illegalität in der Vermarktung der kriminalisierten Drogen bei gleichzeitig permanent hoher Nachfrage vor allem aus den Industriestaaten hält die formelle Wirtschaft aus dem Anbietermarkt fern und führt dazu, dass nur informelle-illegale Anbieter tätig sein können. Und damit entstehen hohe Preisniveaus durch Schattenwirtschaft und fehlenden Wettbewerb sowie das ganze Geflecht an kriminellen und mafiosen Strukturen sowohl bei Anbau als auch bei Vermarktung. Gold wird aber überwiegend völlig legal produziert, und die legale Produktion bestimmt den Weltmarktpreis. Natürlich macht der hohe Preis des knappen Gutes es sehr lukrativ, informell oder illegal zu produzieren, aber der Motor einer illegalisierten Nachfrage fehlt. Die Nachfrage kann auch durch die legalen Anbieter befriedigt werden – also geht es gar nicht darum, das Angebot zu verknappen, sondern „lediglich“ darum, unlauteren und naturzerstörenden Wettbewerb zu bekämpfen. Auf Feldern wie dem Diamantenmarkt scheint das erste Früchte zu tragen, aber es hängt natürlich zentral von der Durchsetzungsfähigkeit staatlicher Kontrollstellen wie Umweltbehörden, Polizei usw. ab. Und diese wiederum bedarf des Rückhalts der Bevölkerung und der organisierten Öffentlichkeit, um ihr Legitimität zu geben.

Dies in aller Kürze – über das Thema kann man ja wirklich stundenlang debattieren...

*Michael Pollmann, Lima*

Die 12 Thesen zum informellen Goldabbau findet man hier: [www.infostelle-peru.de/web/10-thesen-zum-informellen-goldabbau-in-peru/](http://www.infostelle-peru.de/web/10-thesen-zum-informellen-goldabbau-in-peru/)

# 11. Soziale Teilhabe – Wunschtraum oder Realität ? Tagungsbericht

Wieder hat die Berliner Gruppe der Informationsstelle Peru e.V. sich das schwierige Thema der **sozialen Gerechtigkeit in Peru** vorgenommen, nachdem wir bereits im Juli 2011 das Thema der Strategien zur Umsetzung der WSK-Rechte in der Humala-Regierung in einem Seminar hinterfragt hatten.

Unsere Einstimmung beim Tagesseminar am 2. November 2013 zum Thema wurde interaktiv angegangen: „Wieviel Schritte kannst du gehen?“, das war ganz wörtlich zu nehmen: Ein (fiktives) Kind aus der Selva, die Eltern sind Kleinbauern, ein Kind von den steilen Hängen der Pueblos Jovenes in Lima, Tochter einer allein erziehenden Putzfrau, oder der Sohn eines Bauunternehmers aus San Isidro ....., so ähnlich und divers waren unsere Rollen: Wir machen einen Schritt vorwärts, wenn das Kind drei Mal täglich eine gesunde Mahlzeit bekommt, wenn es eine gute Schule in angemessener Entfernung hat, wenn bei einem Notfall der Rettungswagen schnell zur Stelle ist, wenn die Familie mit Respekt auf öffentlichen Ämtern behandelt wird..... Schnell driften wir auseinander, nur zwei von zehn „Kindern“ können alle Schritte tun, der Rest bleibt weit zurück, im Abseits.

Ein reales Bild der peruanischen Gesellschaft, die traditionell extrem auseinander driftet! Das hat geographische, historische, kulturelle und politische Gründe, die die unterschiedlichen politischen Systeme überdauert haben. Extreme Armut, quasi Rechtlosigkeit und rassistische Diskriminierung der indigenen Bevölkerung ist nicht mit der Entstehung der Republik vergangen, und die ungerechte Ressourcenverteilung besteht auch in Zeiten des Rohstoffbooms und des wirtschaftlichen Wachstums weiter.

Unsere beiden Referenten, Christian Schauer Villanueva und Francisco Cardenas Ruiz, sehen eine Hauptursache für die weiter bestehende extreme Ungleichheit im Land in der ausbleibenden Dezentralisierung des Staates, die mehr wäre als eine bloße Verwaltungsreform, oder eine Proforma-Regionalisierung. Mehrfach hat es in der peruanischen Geschichte Ansätze für eine politische Dezentralisierung gegeben, aber vor allem unter der Fujimori-Herrschaft und der Ideologie des „schlanken Staates“ gab es keine Ansätze diesbezüglich. Die Installierung der „Regionen“, die die ehemaligen „Departamentos“ ersetzen, brachten keine nennenswerten Verbesserungen.

Es braucht ein echtes *Empowerment* der abgehängten Mehrheitsbevölkerung, damit diese ihre Lebensbedingungen selbst gestalten können. Demokratische, selbstbestimmte Lokalentwicklung braucht z.B. eine echte Dezentralisierung der Steuereinkommen, Entscheidungsbefugnis über Ressourcen wie aus dem *Canon Minero*, eine Reform des Schulsystems, das den Armen nicht mehr das anstrebenswerte Traumbild der privilegierten Privatschule vorspielt, sondern die öffentliche Schule zur guten Norm werden lässt. -

Präsident Humala hat das neue Inklusions-Ministerium (MIDIS) ins Leben gerufen. Mit der ersten Ministerin, Carolina Trivelli, hatte die Journalistin Hildegard Willer, Mitglied der Informationsstelle Peru und in Lima wohnhaft, ein Videointerview geführt, das wir im Seminar zeigen und diskutieren konnten. Wichtige Sozialprogramme wie *Juntos* und *Quali Warma* wurden erweitert und sollen u.a. den Hunger in den ärmsten Regionen des Landes bekämpfen und die Ernährungssicherheit fördern. Dennoch stellt auch die ehemalige Ministerin klar: Zielgruppe der Programme sind vor allem Kinder und die ländliche

Bevölkerung, die am äußersten Rande des Gesellschaft leben. Deren extreme Armut kann tatsächlich relativiert werden, eine echte soziale und wirtschaftliche Inklusion schaffen diese Programme aber beileibe noch nicht.

Zur Vertiefung in diese Problematik empfehlen das Nachlesen der Präsentationen unserer beiden Referenten sowie das Video mit C. Trivelli unter

<http://www.staepa-cajamarca.de/wb/wb/pages/posts/praesentationen-und-film-beim-berliner-tagesseminar-laquosoziale-teilhabe-in-peru-wunschtraum-oder-realitaetraquo-1899.php>

Das (spanische ) Interview mit Carolina Trivelli kann auf Youtube angeschaut werden:

<http://www.youtube.com/watch?v=vekkB5N2hMI>

## 12. Rauer Wind im Fairen Handel

Am Geschäft mit dem fairen Kaffee verdienen neuerdings große Handelshäuser kräftig mit. Peruanische Kleinbauern fürchten deshalb um ihren Verdienst. Sie wehren sich mit einem eigenen Siegel. ( *Wir reproduzieren den Artikel aus der Zeitschrift "welt-sichten" [www.welt-sichten.org](http://www.welt-sichten.org)* )

Die Deutschen lieben Kaffee. Der Anteil der Bohnen aus fairem Handel wächst – in den vergangenen zwölf Jahren hat sich der Umsatz verdoppelt. Doch wer profitiert wirklich davon? Die Suche nach einer Antwort beginnt in Peru. Zwei Drittel des fair gehandelten Kaffees, der in Deutschland importiert wird, stammen aus dem südamerikanischen Land. Im Süden Perus liegt auf 4000 Metern die Stadt Juliaca wie ein Flickenteppich inmitten einer staubigen Hochebene. Hier kann man Schmuggelware aus Bolivien kaufen, gefälschte Markenkleidung, illegales Gold, giftiges Quecksilber, Lamaföten und Kokablätter. Und in Juliaca gibt es den besten Kaffee der Welt: den Tunki-Kaffee, angebaut von indigenen Aymara an den steilen Ostabhängen der Anden im Sandia-Tal, rund 200 Kilometer nordöstlich von Juliaca. Beim Spezialkaffee-Wettbewerb in den USA haben es die Bohnen aus Sandia mehrmals auf den ersten Platz geschafft.

Produziert und vertrieben wird der Kaffee von Cecovasa. Der Genossenschaftsverband der Kaffeebauern aus dem Sandía-Tal hat seinen Hauptsitz in Juliaca. In der 1970 gegründeten Kooperative sind heute 5300 Kaffeebauern zusammengeschlossen. Von Juliaca aus exportiert Cecovasa seinen Kaffee nach Europa und Nordamerika. Die Geschäfte führt Javier Cahuapaza, Sohn eines Kaffee-Kleinbauern, der eine kaufmännische Ausbildung genossen hat. Während das Fairtrade-Geschäft in Europa boomt, ist für ihn die Blütezeit des fairen Handels schon vorbei. „In den 1980er und 1990er Jahren war der faire Handel für Cecovasa lebenswichtig“, sagt er. „Aber seit FLO auch große Akteure zertifiziert, kommen wir Kleinen unter die Räder.“ Cahuaza bezieht sich darauf, dass der Dachverband Fairtrade International Labelling Organizations (FLO) 2011 einen eigenen Standard für große Handelsfirmen eingeführt hat und seitdem vermehrt große Händler auf den Fair-trade-Markt drängen.

Der Weltmarktpreis für Kaffee wird an der Kaffeebörse in New York festgesetzt und unterliegt großen Schwankungen. Fair gehandelter Kaffee dagegen garantiert einen

Mindestpreis für die Produzenten, der auch dann gehalten wird, wenn der Weltmarktpreis darunter fällt. Festgelegt wird der Fairtrade-Standardpreis alle zwei bis drei Jahre vom internationalen Fairhandels-Netzwerk FLO unter Mitsprache der Produzenten; zurzeit beträgt er 1,40 US-Dollar pro britisches Pfund (rund 450 Gramm). Zusätzlich gibt es eine Prämie von 20 Cent pro Pfund für Gemeinschaftsprojekte der Genossenschaft – zum Beispiel für Investitionen in die Infrastruktur, Sozialprojekte und die Verbesserung der Qualität – sowie einen weiteren Aufschlag im Fall von ökologischem Anbau. Nicht jeder ökologisch produzierte Kaffee entspricht den Fairtrade-Kriterien, und umgekehrt ist nicht jeder fair gehandelte Kaffee aus biologischem Anbau.

Nur von Kleinbauern produzierter Kaffee kann das Fairtrade-Siegel erhalten – im Gegensatz zu fair gehandelten Blumen und Bananen, die auch in Plantagen angebaut werden dürfen. Organisiert und kontrolliert wird der faire Handel in Europa vom Dachverband Fairtrade International Labelling Organizations (FLO) mit Sitz in Bonn, dem nationale Fairtrade-Siegelinitiativen, Produzenten-Netzwerke und Fairtrade-Marketing-Organisationen angehören. FLO International ist auch alleinige Eigentümerin der Zertifizierungs-GmbH FLO-CERT.

### **Große Exporteure dürfen mit fairem Kaffee handeln, wenn sie die Kriterien einhalten**

Lorenzo Castillo kennt die wechselvolle Geschichte der peruanischen Kaffeebauern-Genossenschaften wie kein anderer. Seit 1994 führt er ihren Dachverband, die Junta Nacional de Café. Darin sind 52 Genossenschaften zusammengeschlossen, die direkt und ohne Zwischenhändler Kaffee exportieren, sowohl zu fairen Handelsbedingungen als auch konventionell zum Weltmarktpreis. Dass sich der peruanische Kaffee heute weltweit einen Namen gemacht hat, verdanken die Genossenschaften dem fairen Handel und der dadurch angestoßenen qualitativen Weiterentwicklung. Heute produzieren die Genossenschaften Spezialkaffees von hoher Qualität. Das Fairtrade-Modell gab ihnen über viele Jahre hinweg einen Wettbewerbsvorteil, den einige – wie beispielsweise Cecovasa – genutzt haben, um eine eigene moderne Qualitätskontrolle und Vertriebsstruktur aufzubauen.

Mit der Zertifizierung großer Exporteure schwindet der Wettbewerbsvorteil der Genossenschaften. „Wir setzen heute bewusst auf Qualität, um gegen die Konkurrenten bestehen zu können, nicht mehr auf das Fairhandels-Siegel“, sagt Castillo. Zugleich betont er, dass „Fairtrade“ nicht nur ein höheres Einkommen für die Bauern bedeutet. Der faire Handel habe eine Weiterentwicklung in Gang gesetzt, die nicht mit Geld aufzuwiegen sei. Dank der Fairtrade-Prämie konnten bis heute auch kleine Genossenschaften ein eigenes Export-Büro aufrechterhalten. In dem Nischenmarkt waren die Produzenten, ihre Organisationen – in der Regel Genossenschaften – und die Exporteure fast deckungsgleich.

Auch große Exporteure dürfen mit fairem Kaffee handeln, wenn sie die Kriterien einhalten. Die anteiligen Verwaltungskosten seien für kleine Exporteure um vieles höher als für größere, für die der faire Handel nur einen kleinen Teil ihres Geschäftes ausmache, kritisiert Castillo. Besonders prekär werde es bei Vorfinanzierungen für die Kaffee-Ernte. Die Genossenschaften müssen dafür Kredite aufnehmen, zahlen aber – da sie als kleine Genossenschaften keinen Zugang zu großen Banken haben – oft das Doppelte an Zinsen wie große Firmen. Illegal ist das nicht, doch der Wettbewerb sei unfairer geworden, sagt Lorenzo Castillo. Er bezweifelt außerdem, dass das Fairtrade-System mit der Ausweitung des Produzenten- und Händlerkreises kontrollierbar bleibt: „FLO hat sich für den Markt und gegen die ursprünglichen Kriterien des gerechten Handels entschieden.“

Gegen den Standard verstoßen eindeutig sogenannte Koppelgeschäfte: Exporteure nutzten es aus, dass das weltweite Angebot an fair produziertem Kaffee höher ist als die Nachfrage. Sie böten den Genossenschaften an, ihnen einen Sack Bohnen zum Fairtrade-Preis abzukaufen, wenn sie ihnen weitere Säcke zu einem von ihnen fest gesetzten Preis geben. Oder sie zahlten den gesamten Fairtrade-Preis aus, verlangten unter der Hand aber einen Teil zurück, berichtet Lorenzo Castillo. „Die Geschäftsführer der Kooperativen haben Angst, auf ihrem Kaffee sitzen zu bleiben, und willigen deshalb in solche Geschäfte ein.“

„Es gibt immer wieder Gerüchte über Koppelgeschäfte, aber bisher konnten diese Gerüchte noch nie belegt werden“, sagt Claudia Brück, stellvertretende Geschäftsführerin von TransFair. Der Verein von Hilfswerken, Verbraucherorganisationen und politischen Verbänden vergibt in Deutschland das Fairtrade-Siegel. Für TransFair stellt sich das Problem ganz anders dar: Selbst bei zweistelligem Zuwachs macht der Fairtrade-Kaffee in deutschen Ladenregalen nur zwei Prozent des gesamten Kaffee-Angebotes aus. Das sei zu wenig – wenn mehr Konsumenten zum fairen Kaffee greifen würden, würden auch mehr Kleinbauern von stabilen Mindestpreisen profitieren und müssten nicht ständig fürchten, dass die Weltmarktpreise sinken und ihre Lebensgrundlage verloren geht.

Und das wiederum sei nur möglich, wenn fair gehandelte Waren in Supermärkten und Discountern verkauft würden. „Fairtrade geht es darum, Bedingungen zu schaffen, die den Bedürfnissen der Kleinbauern entsprechen.“ Es war nie das Ziel des fairen Handels, Zwischenhändler auszuschalten. Im Gegenteil: „Für kleine Produzentenorganisationen ohne Exportzugang kann es vorteilhaft sein, wenn sie zwischen verschiedenen Exporteuren den günstigsten Anbieter auswählen können.“

Handelt es sich beim Unbehagen der peruanischen Kaffee-Genossenschaften also nur um das Aufbegehren derer, die einer privilegierten Nische angehörten und sich nun dem rauen Wettbewerb stellen müssen? Dass der Fairtrade-Wettbewerb härter geworden ist, würde auch Kajo Aicher unterschreiben. Als Aufsichtsratsvorsitzender der Fairhandels-Genossenschaft dwp im schwäbischen Ravensburg gehört der Ingenieur zum deutschen Fairhandels-Urgestein. Die dwp beliefert vor allem die traditionellen Nischenmärkte, die Eine-Welt-Läden.

Aicher ist ein Mann, der rechnen kann. Das ist auch notwendig, denn jeder Abschluss eines Kaffeevertrags birgt Risiken. Die dwp bezahlt den Kaffee im Voraus und muss den Preis später auch vom deutschen Verbraucher verlangen, wenn bis dahin der Welthandelspreis längst gefallen ist und die Fairtrade-Marken der Großhändler im Supermarkt nur die Hälfte des Kaffees im Weltladen kosten. „Die Verbraucher werfen uns dann schon mal Abzocke vor“, sagt Aicher. Ein harter Vorwurf für einen rechtschaffenen Schwaben. Es habe den Anschein, dass die niedrigen Preise für Fairhandels-Kaffee im Supermarkt aus dem Gewinn des Verkaufs von konventionell erzeugtem und gehandeltem Kaffee subventioniert seien, sagt Aicher. Ebenso wie für die kleinen Produzenten-Genossenschaften auf der anderen Seite des Ozeans stellen die größeren finanziellen Möglichkeiten großer Handelshäuser, die den Fairtrade-Kaffee auch einmal quersubventionieren können, einen Nachteil für die kleinen Fairtrade-Einkaufsgenossenschaften dar.

## **Wie viel Marktöffnung kann der faire Handel vertragen?**

Der Handel mit dem fairen Kaffee weckt gerade jetzt große Begehrlichkeiten. Der Weltmarktpreis für konventionellen Kaffee befindet sich im Abwärtstrend – von unter 100 US-Dollar pro Sack ist die Rede. Der Fairtrade-Preis garantiert dagegen 140 US-Dollar, mit

Bio-Aufschlägen und der Prämie kann man auf 190 US-Dollar pro Sack kommen. Diese Preisspanne reizt nicht nur die Produzenten, sondern auch viele Händler. Jeder möchte seinen Kaffee auf dem fairen Markt absetzen. Die Gefahr von verbotenen Koppelgeschäften wird noch größer.

Die Antwort der lateinamerikanischen Kaffee-Genossenschaften auf den neuen rauen Wind im fairen Handel ließ nicht auf sich warten. Mit dem neuen Siegel „SPP símbolo del pequeño productor“ wollten sie sich von Fairtrade absetzen. Ihr Versprechen: Wer Kaffee mit dem Siegel SPP kauft, bekommt ihn direkt vom Kleinbauern. Nicht hilfreich nennt Transfair Deutschland das, denn auch bei ihnen stammt fair gehandelter Kaffee zu hundert Prozent aus Kleinbauernanbau. Ein Ergebnis hat das Aufbegehren der lateinamerikanischen Kaffeebauern gebracht: In seiner letzten Generalversammlung hat FLO die Hälfte seiner Sitze an die Produzentenorganisationen gegeben. Kleinbauern und Konsumenten müssen sich nun zusammenraufen bei der Frage, wie viel Marktöffnung der faire Handel verkraften kann.

*Hildegard Willer*

*(Quelle: <http://www.welt-sichten.org/artikel/18960/rauer-wind-im-fairen-handel?page=all>)*

## 13. Veranstaltungen

- Berlin

Montag, 9. Dezember 2013, 18.30 Uhr

### **Zehn Jahre Bericht der peruanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission**

**Kerstin Kastenholz**, die mit der Opferorganisation ANFASEP in Ayacucho zusammengearbeitet hat, wird von ihrer Erfahrung berichten.

Veranstaltung der Informationsstelle Peru e.V. anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte

Ort: Zentrum für Demokratie und Toleranz ([www.zentrum-für-demokratie.de](http://www.zentrum-für-demokratie.de), Michael-Brückner-Str. 1 / Spreestraße, 12439 Berlin, direkt gegenüber S-Bahnhof Schöneweide und Cajamarcaplatz)

- Berlin

Dienstag, 21. Januar 2014 18:00 Uhr

### **Bedrohtes Amazonien - Bergbau in Peru**

Mit Hildegard Willer und Bettina Rehmann

Ort: Rathaus Köpenick (Ratssaal, 2. OG) | Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin | Tram 27, 60, 61, 62, 67, 68, Bus 164, 167 Rathaus Köpenick / Schlossplatz / Freiheit

- Berlin

Samstag, 15. Februar 2014, 9.00 - 16.00

### **Was und wie erfährt man in Deutschland von Peru ?**

Medienseminar zur Berichterstattung und Öffentlichkeitsarbeit zu Peru

Veranstalter: Infostelle Peru e.v.

Ort: Engagement Global, Trautenaustrasse 5, 10717 Berlin, zu erreichen mit der U Bahnlini 9 bis Güntzelstrasse)

Anmeldung bei: hilwiller@yahoo.es

- Mainz

Sa., 03.Mai 2014, 16.15 - 17.45 Uhr

Ökumenische Versammlung im Umfeld von St. Bonifaz, (Nähe Hbf):

### **Thema des Tages „Postdemokratische Ressourcenkriege“:**

Puente Andino Alemán - PANAL e.V./ Kampagne Bergbau Peru:  
"Unser täglich Gold - Ihr täglich Gift. Goldabbau und die Folgen in Peru" (Arb.titel)  
mit Filmbeitrag und Diskussion  
Mit: Dr. Hartmut Heidenreich, Zornheim  
Michael Mechlinski, Zornheim

- Köln

Freitag, 09. Mai, bis Sonntag, 11. Mai 2014

**Peru-Seminar** (genaues Thema steht noch nicht fest)

Haus St. Georg, Rolandstr. 61, Köln-Südstadt

---

Sie können den Newsletter bestellen über die Website der

Informationsstelle Peru e.V., [www.infostelle-peru.de](http://www.infostelle-peru.de)

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an

[newsletter@infostelle-peru.de](mailto:newsletter@infostelle-peru.de)

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des



Der Herausgeber ist für den Inhalt alleine verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.